

Bibliographischer Hinweis sowie Verlagsrechte bei den online-Versionen der DD-Beiträge:



**Halbjahresschrift für die Didaktik
der deutschen Sprache und
Literatur**

<http://www.didaktik-deutsch.de>
5. Jahrgang 2000 – ISSN 1431-4355
Schneider Verlag Hohengehren
GmbH

Rudolf Denk / Ingelore Oomen-Welke

**EUROPÄISIERUNG,
SCHULSPRACHENPOLITIK
UND DEUTSCHUNTERRICHT.**

**Impulse zur Lehrerbildung aus
Baden-Württemberg**

In: Didaktik Deutsch. Jg. 5. H. 8. S. 78-85.

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. – Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden.

Rudolf Denk & Ingelore Oomen-Welke

EUROPÄISIERUNG, SCHULSPRACHENPOLITIK UND DEUTSCHUNTERRICHT:

Impulse zur Lehrerbildung aus Baden-Württemberg

1 Versuch einer hochschulpolitischen Standortbestimmung

Baden-Württemberg hat gegenwärtig verschiedene Konzepte zu einer Veränderung der Lehrerbildung in einer ganz spezifischen Weise aufgenommen und verarbeitet. Dies gilt in besonderer Weise für die Ausbildung von Deutschlehrern für die verschiedenen Schulstufen. So wurde etwa der Vorschlag zur Einführung eines Praxissemesters aus den *Empfehlungen zur Lehrerbildung der Hochschulrektorenkonferenz* von 1998 (186. Plenum vom 2.11.1998) in Baden-Württemberg konstruktiv umgesetzt. Was ursprünglich im Papier der *Hochschulrektorenkonferenz* als Abwehrmaßnahme gegen eine Verlagerung der Lehrerbildung im Grundschulbereich und im Bereich der Beruflichen Bildung von den Universitäten zu den Fachhochschulen gemeint war, wurde in Baden-Württemberg zu einer Neustrukturierung des Lehrerstudiums für das höhere Lehramt genutzt. Da aber in Baden-Württemberg keinerlei fachdidaktische Professuren bestehen, muss gemäß *Beschluss des Ministerrates* vom 10.05.1999 eine andere Form von angeleiteter Semesterbetreuung für die Studierenden erarbeitet werden. Das Praxissemester gilt als „angemessene Form einer frühzeitigen Berufsorientierung und als praxisgeleitete Ausrichtung auf die schulische Wirklichkeit“. (Infodienst Schulleitung, S. 1.) Lehrer aus den Gymnasien sollen in Kooperation mit den Studienseminaren zu Ausbildungslehrern herangebildet werden und zusammen mit eigens zu bestellenden Mentoren die Anleitung der Studierenden im Praxissemester der ersten Phase übernehmen. Gleichzeitig wird die zweite Phase – die Referendarzeit – um ein halbes Jahr gekürzt. Der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur ohne fachdidaktische Unterstützung der Hochschullehrer – etwa auch von den Pädagogischen Hochschulen des Landes – ist nicht gerade einfach und stellt einen Kraftakt für das Kultusministerium und die betroffenen Schulen dar. Was also als Gegenkonzept der *Hochschulrektorenkonferenz* zur Vorstellung entwickelt worden war, die Lehrerbildung von den Universitäten in den Fachhochschulbereich zu übertragen und gleichzeitig die Professorenstellen durch Abordnungsstellen aus dem Schulbereich zu ersetzen, wurde in Baden-Württemberg in dieser kurz beschriebenen Form umzusetzen versucht.

Über die neue Prüfungsordnung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen (GHPO I) wurde in dieser Zeitschrift bereits berichtet¹ Wichtig an dieser Prüfungsordnung war die Beschränkung der Zahl der Fächer auf zwei – wobei vor allem die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch (Hauptschule) als Hauptfächer fungieren

¹ Denk, Rudolf: Interdisziplinäres Lehren und Lernen durch Projektstudien. In: *Didaktik Deutsch* 5 (1998), S. 98-191.

– sowie die Einführung des *Interdisziplinären Lehrens und Lernens*, für das ein Volumen von 10 Semesterwochenstunden vorgesehen ist.

Die neue Prüfungsordnung für die Realschulen, die schon einige Zeit vorliegt, soll zum Wintersemester 2001/2002 in Kraft gesetzt werden. Diese Prüfungsordnung (RPO I) ist in Analogie zur neuen Prüfungsordnung für Grund- und Hauptschulen angelegt: Sie enthält ebenfalls die Beschränkung auf zwei Hauptfächer im Umfang von 44 Semesterwochenstunden und einen Bereich des *Interdisziplinären Lehren und Lernens* bzw. der *Interdisziplinären Studien* im Umfang von 20 Semesterwochenstunden. Dabei ist die andauernde Erfolgsquote der Realschule gegenüber dem Hauptschulbereich deutlich zu konstatieren, ohne dass dies in den entsprechenden Prüfungsordnungen strukturell ihren Niederschlag gefunden hätte. Gemeinsamkeiten und formale Analogien kennzeichnen beide Prüfungsordnungen, weniger die qualitative Differenz zwischen Hauptschule und Realschule. Dezidierte Angebote für die Hauptschule mit einer qualitativ hochwertigen Hauptschuldidaktik sind eher selten. Daher ist ein Forschungsschwerpunkt Hauptschule an den Pädagogischen Hochschulen zu begründen. Hauptschul- und Realschulstudierende werden im Grundstudium in die Grundlagen der ausbildungsrelevanten Wissensbestände der Fachwissenschaften, der Fachdidaktiken und der Erziehungswissenschaften gemeinsam eingeführt. Dies ist notwendig geworden, um das Verbindende der zukünftigen Lehrertätigkeit im Bereich der Sekundarstufe I zu vermitteln und ein gemeinsames, professionelles Bewusstsein der Studierenden möglichst frühzeitig auszubilden.

Im Hauptstudium dagegen werden darüber hinaus schulspezifische Profilelemente eingeführt. Den Realschulen stehen hier vertiefte Studien im fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Bereich zur Verfügung, was für das Kollegium der Fachdidaktiken besonders attraktiv ist. Die Fachdidaktiker können nämlich auf Grund der großzügiger bemessenen Semesterwochenstundenzahlen die angebotenen Inhalte und Gegenstände, die Methoden und Verfahrensweisen der Fachdidaktik viel intensiver vermitteln als bei den Lehramtsstudierenden der Grund- und Hauptschulen. Der Bereich der interdisziplinären Studien und verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten ist im Realschulbereich vor allem auf *europaorientierte Studienanteile* ausgerichtet, die für die Pädagogische Hochschule Freiburg, den Austragungsort des nächsten Symposions, eine besondere Rolle spielen. Dieser quantitativ und qualitativ wichtige Bereich der *Interdisziplinären Studien* für die Realschule ist nicht als Ersatz für das dritte Fach zu sehen, sondern entspricht Forderungen von allen möglichen Seiten, die zukünftigen Lehrer in jeder Hinsicht auf wirtschaftsbezogene, europaorientierte und damit gesellschaftsorientierte Anforderungen vorzubereiten, ohne die sprachenpolitische Dimension der europäischen Einigung von der Schule fernzuhalten. Inwieweit beide Prüfungsordnungen bereits dem Anspruch genügen, dass Lehrer zukünftig vor allem Experten für die Initiierung, Begleitung und Auswertung von europaorientierten Lernprozessen sein sollen, ist noch nicht abzusehen. Wichtig ist, dass die europapolitischen Impulse zum ersten Mal so direkt Eingang in eine Prüfungsordnung gefunden haben und zu neuen Ansätzen für alle drei Schularten führen.

2 Das Gebiet am Oberrhein als Modell für eine Schulsprachenpolitik in Europa

Die Pädagogischen Hochschulen, vor allem die des badischen Raumes am Oberrhein, haben einige Vorarbeiten für wichtige Neuerungen im Bereich der Schulsprachenpolitik und damit der Lehrerbildung insgesamt geleistet. Diese Neuerungen betreffen das Sprachenkonzept der Schulen. Sie gelten entweder landesweit oder nur für den badischen Landesteil, für den grenzüberschreitenden Raum am Oberrhein oder nur für Freiburg. Dies ist in diesem Zusammenhang insbesondere zu thematisieren, weil Freiburg als Veranstaltungsort des 13. Symposiums für Deutschdidaktik im September 2000 unter dem Thema *'Grenzen überschreiten – Fachstruktur und Interdisziplinarität'* solche Aspekte in die konkrete Arbeit einbringen wird.

Es ist kein Zufall, dass in den *Tutzinger Thesen zur Sprachenpolitik in Europa* des Deutschen Germanistenverbandes unter dem Kapitel V „*Sprachnachbarschaften*“ der Oberrhein als herausragendes Beispiel erwähnt wird. Seit 1995 wurden im Oberrheingebiet, in den Grenz- und Übergangszonen zweier Sprachräume und dreier Länder, zweier Bundesländer die Nachbarsprachen in einen privilegierten Status der wichtigsten, weil nächstgelegenen Fremdsprachen überzuführen versucht. Seit den Veröffentlichungen *„Lehrer werden in der Oberrheinregion“*² wurden folgende konkrete Schritte in Angriff genommen:

- Ein Ausbau und eine Erweiterung des seit 1984 bestehenden Programms *„Lerne die Sprache des Nachbarn“*³. Bisher bieten Grundschulen, die sich daran beteiligen, Kindern der dritten und vierten Klasse Französisch vorwiegend mündlich in Form von Spielen, Medienarbeit und Sprachbegegnung an. Gleichaltrige aus dem Elsass sind daran beteiligt. Das Programm ist insgesamt nicht curricular orientiert, es findet deshalb keine Fortsetzung in der Sekundarstufe I bei den weiterführenden Schulen.
- Mit dem Schuljahr 2000/2001 soll dieses Programm zu einem Gesamtsprachenprogramm für alle Schularten weiterentwickelt werden, mit einem besonderen Grundschulprogramm ab Klasse 1: Fremdsprachenlernen ab Klasse 1 mit zusätzlichem Sprachunterricht und einer Differenzierung zwischen den Klassen 1 und 2 und einer Progression des Sprachenlernens in den Klassen 3 bis 4.

² Lehrer werden in der Oberrheinregion. Formation des Maîtres dans la Région du Rhin Supérieur. Aarau 1995.

³ Pelz, Manfred (Hrsg.): Lerne die Sprache des Nachbarn – grenzüberschreitende Spracharbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Frankfurt a. Main. 1989.
Pelz, Manfred: Sprachbegegnung und Begegnungssprache – zur experimentellen Überprüfung des Sprach- und Begegnungsprogramms „Lerne die Sprache des Nachbarn“. Frankfurt – Berlin – Bern – New – Paris – Wien. 1999.

3 Frühes Fremdsprachenlernen in der Grundschule und Sachunterricht in der Fremdsprache in der Sekundarstufe I

Daneben gibt es in ganz Baden-Württemberg einige Gymnasien und wenige Realschulen mit Französisch als erster Fremdsprache. In den 90er Jahren wurden zum ersten Mal sogenannte bilinguale Züge an Gymnasien eingerichtet. In diesen bilingualen Zügen werden ein Fach oder mehrere Fächer -ganz oder teilweise -nach einem modifizierten Immersionskonzept in den Fremdsprachen Englisch oder Französisch unterrichtet. Einige Stuttgarter Gymnasien experimentieren in dieser Richtung. In Freiburg besteht außerdem letztlich als Folge des deutsch-französischen Vertrages von 1963 seit 1976 ein *Deutsch-Französisches Gymnasium* mit einer deutschen und einer französischen Abteilung. Die Schülerinnen und Schüler dieser Klassen werden in mehreren Fächern gemeinsam in sogenannten Halbklassen in beiden Sprachen unterrichtet.

Die Vorbereitung für den französischen Zug leistete bis zum Abzug der französischen Militär-Garnison Anfang der 90er Jahre die französische Militär-Grundschule. Da jedoch 30000 französische Staatsangehörige und ihre Familien weiterhin in Südbaden verbleiben und das Französische hier eine gute Bildungstradition darstellt, entstand aus Elterninitiativen nach Bewältigung einiger Konflikte eine *deutsch-französische Grundschule* seit dem Jahre 1998. In der Nähe Freiburgs, in Waldkirch-Kollnau, wurde 1997 an der Grundschule ein italienischer Zweig eingerichtet. Schon seit Mitte der 70er Jahren bestehen im Großraum Stuttgart muttersprachliche Grundschulzüge für griechische und türkische Kinder, die im Rahmen der damaligen Doppelstrategie – Bleibewillige und Emigrationswillige gleichermaßen zu bedienen – eingerichtet und in den 80er Jahren modifiziert worden sind.⁴ Bei einer Zusammenstellung der verschiedenen Schulsysteme und Ausbildungssysteme für Lehrer wurde 1996 ein Vorschlag zu neuen Impulsen und neuen Entwicklungen gegeben.

So soll ab dem Schuljahresbeginn 2001/2002 eine Fremdsprache von der ersten Klasse an flächendeckend in jeder Grundschule Baden-Württembergs angeboten werden. Die Grundschulen sind zu diesem Angebot verpflichtet; die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler allerdings ist freiwillig.

Wer bestimmt die Wahl der Fremdsprache in der Grundschule? Lange Zeit wurde heftig diskutiert, ob Französisch verpflichtend sein kann. Im badischen Landesteil wünschen dies mit Recht sehr viele; außerdem sind durch das Programm „*Lerne die Sprache des Nachbarn*“ an der Rheinschiene wichtige Voraussetzungen für das Französische, die Sprache des Nachbarn, geschaffen -ganz so wie die *Tutzinger Thesen zur Sprachenpolitik in Europa* dies formulieren. Es wäre unsinnig, am Oberrhein zunächst nicht die Sprache des Nachbarn, sondern zuerst die Sprache der „lingua franca“ zu lernen. Es wird also Französisch *und* Englisch geben, aber nicht Eltern

⁴ Kodron, Christoph / Oomen-Welke, Ingelore (Hrsg.): *Enseigner l'Europe dans nos sociétés multiculturelles / Teaching Europe in multicultural society*. Freiburg i. Br.: Fillibach Verlag, 1995.

oder Schulen wählen die Sprache, sondern das Ministerium und die Oberschulämter werden Regionalverbände bilden, in denen dann die eine oder andere Sprache im Verhältnis 50 zu 50 vorherrschen soll. So werden etwa 10 bis 20 Grundschulen, einige Realschulen und jeweils ein Gymnasium zu Regionalverbänden sprachpolitisch zusammengeschlossen. Diese Schulen bieten dann das Französische oder das Englische an - mit den entsprechenden Brückenkursen und Weiterführungen in jeder Schulart von der Grundschule an, so dass die Schüler ohne Unterbrechung sprachlich weiter gefördert werden können. Für die Vorbereitung der Einführung des *frühen Fremdsprachenlernens* sind weitere Maßnahmen erforderlich: So müssen in Baden-Württemberg zwischen 3000 und 10000 Lehrpersonen nachqualifiziert werden. Auch dies ist nicht von Heute auf Morgen möglich, so dass in verschiedenen Phasen und Stufen über Multiplikatoren und Experten Konzepte entwickelt werden, durch die diese Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung geschehen kann. Die Pädagogischen Hochschulen haben Kooperationen und Konzepte in Gang gesetzt, werden aber nur gemeinsam mit anderen Trägern das Problem der Weiter- und Fortbildung bewältigen können. Die Zusatzausbildung könnte auch durch *Fernstudien-gänge* - etwa mit der Universität Koblenz-Landau - oder mit anderen Bildungseinrichtungen gesichert werden. Neu zu garantieren ist die Weiterführung der sprachpolitischen Grundlinie in den anderen Schularten, den Hauptschulen, den Realschulen und den Gymnasien. Eine kürzere, aber intensive Sprachenfolge im Form einer funktionalen Mehrsprachigkeit ist Zielpunkt dieser Neuansätze. Diese Prozesse, die eben skizziert wurden, bezeichnen baden-württembergische Entwicklungen mit Blick auf das *frühe Fremdsprachenlernen* und die sprachpolitischen Linien aller Schularten einschließlich des Deutschunterrichts.

4 Konzepte des grenzüberschreitenden Lehrens und Lernens am Oberrhein

Die politischen Gremien am Oberrhein – vor allem die *Oberrheinkonferenz* – haben als Option die Erlernung der Nachbarsprache als erste und das Englische als zweite Fremdsprache empfohlen. Der gemeinsame Wirtschafts- und Kulturraum am Oberrhein hat seit 1995 einige wichtige Initiativen entwickelt, die bereits skizziert wurden. In der Form der grenzüberschreitenden Mehrsprachigkeit ist das Elsass sehr weit in seiner Entwicklung. In den letzten zehn Jahren ist der Unterricht in der Nachbarsprache des Deutschen ab dem Kindergarten (*ecole maternelle*) und ab Klasse 1 eingerichtet. Es wurde ein verstärkter Deutschunterricht erteilt. Das Konzept der elsässischen Seite zielt auf einen paritären bilingualen Unterricht. Mit anderen Worten: In fast 150 Klassen werden in einem Ausgleichs-Modell *13 + 13 Stunden* in Deutsch und Französisch gleichermaßen unterrichtet. Zur Zeit arbeitet die französische Seite an der Weiterführung dieses Konzepts in der Sekundarstufe I.

Seit dem Dreiländer-Kongress in Strasbourg im Jahre 1995 arbeitet die *Arbeitsgruppe Bildung und Erziehung am Oberrhein*, die aus den grenznahen Schweizer Kantonen, den Departements *Bas-Rhin* und *Haut-Rhin*, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg besteht, am Konzept einer grenzüberschreitenden Ausbildung für Lehrpersonen in Sprach- und Sachfächern. Im Juni 1998 wurde eine Kooperation

zwischen den lehrerbildenden Institutionen am Oberrhein als Vertrag abgeschlossen (*Colingua*). Diese Kooperation der lehrerbildenden Einrichtungen am Oberrhein verfolgt das Ziel, neue Formen einer grenzüberschreitenden Lehrerbildung in wichtigen Bereichen in Gang zu setzen und Zertifikate anzubieten, die es den Studierenden in den drei Ländern ermöglicht, in den entsprechenden Fächern bilingual, d.h. in der Sprache des jeweiligen Nachbarn, zu unterrichten. Eine der Aufgaben des Kooperationsverbundes, dessen Präsidium zur Zeit in Rheinland-Pfalz liegt, besteht darin, ein Aufbaustudium zu konzipieren, das dieses Zertifikat zum Ziel hat. Die beteiligten Partner haben ein *Kerncurriculum* entwickelt, das als Erweiterungsstudium für alle Partner offen ist. Die Formen dieses grenzüberschreitenden Lehrens und Lernens liegen als Einzelmodule vor, dessen Kompatibilität ein hohes Maß an Austauschbarkeit von Personen und Inhalten garantiert. Problembereiche bleiben *bis dato* die gegenseitige Anerkennung dieser Abschlüsse, die zur Zeit bei den politischen Gremien zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Oberrheinkonferenz selbst versucht, die administrativ-rechtliche Durchsetzung dieses Vorhabens mit politischen Mitteln voranzutreiben.

Außerdem hat die Pädagogische Hochschule Freiburg Ende 1998 die ersten fünfzehn Studierenden in einem *integrierten Teilstudiengang* zugelassen, der gemeinsam mit der *Université de Haute-Alsace, Mulhouse*, in Gang gesetzt wurde. Ziel dieses Teilstudiengangs, der vom deutsch-französischen Hochschulkolleg bzw. von der deutsch-französischen Hochschule finanziert wird, ist eine Doppelqualifikation mit einem französischen und einem deutschen Abschluss für die pro Jahr fünfzehn Studierenden, die zu diesem Teilstudiengang zugelassen werden. Das Studium selbst ist integriert angelegt, Phasen in Freiburg folgen jeweils Phasen an der Universität in Mulhouse. Die Studierenden erhalten nach einem *concours* die Qualifikation für die erste und zweite Phase der Lehrerbildung in beiden Ländern. Die ersten Erfolge dieses Teilstudienganges und die gute Betreuung der Studierenden machen Mut, auf diesem Wege weiter zu gehen und den Teilstudiengang als Modell für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Sprachfächer- und Sachfächerausbildung zugrunde zu legen.

5 Die Europalehrämter für Grund-, Haupt- und Realschulen

In enger Abstimmung und als Konsequenz all dieser Bemühungen hat das baden-württembergische Kultusministerium die Initiativen aufgegriffen und zum Studienjahr 1999/2000 an den Pädagogischen Hochschulen Karlsruhe und Freiburg einen achtsemestrigen Studiengang zum *Europa-Lehramt* für Grund-, Haupt- und Realschulen eingerichtet. Die Benennung führt zunächst zu Missverständnissen: Im Gegensatz zum binational anerkannten Teilstudiengang ist das *Europa-Lehramt* nur für Bewerberinnen und Bewerber aus Baden-Württemberg relevant, da der Kern des Studiums ein normales Grund-, Haupt- oder Realschulstudium darstellt. Wenn die Bewerberinnen und Bewerber fragen: „Kann ich damit in ganz Europa Lehrer sein?“, so muss die Antwort lauten: Zunächst nicht, denn die Prüfung ist eine baden-württembergische Angelegenheit, sie wird nach den baden-württembergischen Spielregeln durchgeführt wie alle anderen Lehramtsprüfungen. Es wird allerdings an

dieser Stelle deutlich, dass damit eine Entwicklung eingeleitet ist, die nicht auf ein Bundesland beschränkt werden kann, sondern tatsächlich europaorientierte, d.h. also grenzüberschreitende Ansätze und Qualifikationen zum Ziel haben muss. Bescheidenheit werden in den *Europa-Lehrämtern* zusätzlich zum Normalstudium fremdsprachenunterrichtliche Kompetenz für ausgewählte Sachfächer in Englisch oder Französisch. Der Ansatz kann als Plädoyer für fremdsprachliches Sachfachlernen definiert werden. Deshalb sind für die Europa-Lehrämter beide Komponenten konstitutiv: die Beherrschung der Sprache und eine ausgeprägte Sachfachkompetenz.

Für das Studium der Europa-Lehrämter ist eine *Spracheingangsprüfung* erforderlich, bei der ein sehr gutes fremdsprachliches Eingangsniveau vorausgesetzt wird. Als Studienfach kann die Fremdsprache entweder neben *Deutsch* oder *Mathematik* gewählt werden. Oder es kann zu einem Sprachenstudium ein Sachfach gewählt werden, das als *Bilingualfach* studiert wird, d.h., deren Sachinhalte mit bilingualen Kompetenzen erarbeitet werden. Dazu kommen als interdisziplinäre Bereiche die sogenannten *europaorientierten Studien*. Diese Studienbestandteile enthalten Studienelemente wie vergleichende Kultur- und Europastudien, interkulturelles Lernen und Zweisprachigkeit, bilinguales Lehren und Lernen sowie das Sachfach in der Zielsprache (= *Bilingualfach*). Für diejenigen Studierenden und Absolventen, die im Studium schon weit fortgeschritten sind oder es abgeschlossen haben, bietet die Pädagogische Hochschule Freiburg ein *Erweiterungsstudium für bilinguales Unterrichten* an (zwei Semester mit 40 SWS). Das *Europa-Studium* erhält damit ein deutliches Profil: Europaorientierte Studieninhalte aus allen Fächern werden mit bilingualen Studienelementen und interdisziplinären Ansätzen kombiniert. Ein *Auslandssemester* ist verpflichtend. Für *Auslandssemester* werden nach dem ECTS-System Studienleistungen eingefordert, die in einem Kolloquium an der Heima-Hochschule überprüft und nachgewiesen werden. Teile der Schlussprüfung werden damit vorgezogen und abgeschichtet. Die Schlussprüfungen selbst sind zum großen Teil in der jeweiligen gewählten Zielsprache zu formulieren und werden mindestens zur Hälfte in dieser Zielsprache durchgeführt. Die ersten Studierenden an beiden Hochschulen haben dieses Studium mit großem Engagement begonnen, wenngleich erst im Laufe der Zeit genügend Angebote mit bilingualen Inhalten bereitgestellt werden können. Als ein großer Vorteil dieses Studiums ist der Austausch von Lehrenden und Studierenden zu betrachten, der grenzüberschreitend zwischen Mulhouse, Colmar, Strasbourg und Freiburg organisiert wird. Ein Austausch der Lehrenden setzt die Einbeziehung von kompetenten Sprechern der Nachbarsprache voraus und garantiert erstklassige Instruktionen und Enkulturationen. Im Vergleich und im Kontrast entsteht damit *interkulturelles Lehren und Lernen* aus erster Hand.

6 Und die Folgen für den Deutschunterricht?

Das grenzüberschreitende Lehren und Lernen – sei es nun das *Europa-Lehramt* oder der *integrierte Teilstudiengang* – ist ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung. Bilinguales Lehren und Lernen, Formen der Mehrsprachigkeit und des Kulturvergleichs werden zur Zeit in allen Fachdidaktiken europaweit diskutiert. Natürlich ist fremdsprachliches Sachlernen erst an einigen Schulen mit einem ty-

pischen Sprachenprofil oder mit europäischem Profil eingeführt. Baden-Württemberg wird den elsässischen Partnern und ihrem Sprachenunterrichtsmodell nicht so schnell folgen können, aber im badischen Landesteil wird vielerorts erfolgreich und konsequent an diesen Entwürfen geprobt und gearbeitet. Vor allem für die Hauptschulen werden neue ganzheitliche Konzepte eines Sprachenlernens gesucht und getestet, um Fremdsprachenunterricht für Hauptschüler überhaupt auf ein für die grenzüberschreitende Berufswelt dieser Schüler erfolgreiches Niveau zu bringen. Vermutlich ist der Weg über die Sachfächer in der Nachbarsprache dazu der richtige Weg, wenn auch in der Hauptschule Brückenkurse vom frühen Fremdsprachenlernen zum weiterführenden Fremdsprachenlernen angeboten werden können. Selbstverständlich wurde in den Konzepten zwischen Freiburg und Mulhouse, zwischen Freiburg, Landau, Basel und den übrigen Partnerorten der Muttersprachenunterricht bisher zu wenig in den Blick genommen. Der Deutschunterricht und die Deutschdidaktik können von dieser Entwicklung nicht unberührt bleiben. So macht es keinen Sinn, Sprachen unverbunden nebeneinander zu lernen. Im Sinne einer Sprachentreue sind alle Sprachformen, von der Mundart über die Muttersprache bis zur Nachbarsprache und Weltsprache in gleicher Weise und gleichwertig zu berücksichtigen. Was offiziell noch fehlt, ist ein Gesamtkonzept des Sprachenunterrichts einschließlich des Deutschunterrichts für alle Schulstufen, in dem der Muttersprachenunterricht, die eventuell anderen Muttersprachen und die Fremdsprachen ihren Platz finden und sich gegenseitig fördern. Hier sind uns die Schweizer Kollegen voraus, die soeben ein *Gesamtsprachenkonzept* vorgelegt haben. Im Sinne der Bildung von sprachkulturellen Identitäten im Rahmen der europäischen Mehrsprachigkeit wären Konzepte zu entwickeln, wie Muttersprachen, Zweitsprachen und Fremdsprachen nach den jeweiligen regionalen Gegebenheiten und nach den Gruppenzugehörigkeiten der Sprecher adäquat und gerecht berücksichtigt werden können.

Im deutschsprachigen Raum, wozu Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zählen,⁵ spielt der Deutschunterricht die zentrale Rolle als das Fach, in dem über Sprachen und Sprachliches gesprochen und nachgedacht wird. Es ist das Fach, das Sprache und Literatur zu Gegenständen und zu Medien hat, das für Sprachliches sensibilisiert und die Sprachen zueinander in Beziehung setzt. Daraus resultieren neue und wichtige Fragestellungen für die Wissenschaft von der sprachlichen und literarischen Sozialisation.

Anschrift der/s Verfasser/in:

Prof. Dr. Rudolf Denk, Prof. Dr. Ingelore Oomen-Welke, Pädagogische Hochschule Freiburg, Kunzenweg 21, 79117 Freiburg

⁵ Werbung des Landes Baden-Württemberg ab November 1999: „Wir können alles – außer Hochdeutsch“.